

(A)

(C)

241. Sitzung

Bonn, Donnerstag, den 18. Juni 1998

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Guten Morgen, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich auf der Tribüne die **Präsidentin der Nationalversammlung der Republik Südafrika, Frau Dr. Frene Ginwala**, und ihre Delegation ganz herzlich begrüßen.

(Beifall)

– Sie haben es dem Begrüßungsapplaus entnommen: Wir freuen uns, daß Sie unsere Einladung nach Deutschland und in den Deutschen Bundestag angenommen haben. Wir haben in den letzten Jahren mit großer Aufmerksamkeit bei vielen Kontakten die Entwicklung in Ihrem Land verfolgt. Ich brauche hier nicht noch einmal zu wiederholen, wie sehr wir diesen Prozeß in Südafrika anerkennen und bewundern und wie froh wir sind über das, was Sie in Ihrem Land neu aufbauen und gestalten. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Kollegen **Engelbert Nelle** zu seinem 65. Geburtstag, den er am 9. Juni feierte, nachträglich herzliche Glückwünsche aussprechen.

(Beifall)

Sodann ist eine Nachbenennung für die verstorbene Kollegin **Christine Kurzhals** im Beirat der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post erforderlich. Die Fraktion der SPD schlägt als neues ordentliches Mitglied den Kollegen **Gerd Rübenkönig**, der bisher stellvertretendes Mitglied war, und den Kollegen **Eike Hovermann** als stellvertretendes Mitglied vor. Sind Sie damit einverstanden? – Kein Widerspruch. Dann sind die beiden Kollegen als Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied für den Beirat bei der Regulierungsbehörde benannt.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung soll die heutige **Tagesordnung** um folgende Ihnen in einer **Zusatzpunktliste** vorliegenden Punkte erweitert werden:

6. a) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Rainer Steenblock, Michael Hustedt, Kristin Heyne, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung einer ökologischen Besteuerung von Energie (**Energiesteuergesetz**) – Drucksachen 13/3067, 13/10924 –

- b) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordnete Rainer Steenblock, Andrea Fischer (Berlin), Kristin Heyne, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Einstieg in eine ökologisch-soziale Steuerreform** – Drucksachen 13/3555, 13/10924 –

7. Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Hustedt, Marieluise Beck (Bremen), Franziska Eichstädt-Bohlig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Mit der Energiesteuer Lohnnebenkosten senken** – Drucksache 13/7750 –

8. Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Absenkung der Lohnnebenkosten** – Drucksache 13/8591 –

(D)

9. **Weitere Überweisungen im vereinfachten Verfahren** (Ergänzung zu TOP 22)

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu der am **17. September 1997 in Montreal beschlossenen Änderung zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen** – Drucksache 13/10901 –

- b) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wagniskapital** – Drucksache 13/10990 –

10. **Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache** (Ergänzung zu TOP 23 und 24)

- a) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zu der Verordnung der Bundesregierung: **Aufhebbare Vierundneunzigste Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung** – Drucksachen 13/10745, 13/10884 Nr. 2.1, 13/10992 –

- b) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß) zu der Verordnung der Bundesregierung: **Zustimmungsbedürftige Verordnung über die Entsorgung von Geräten der Informations-, Büro- und Kommunikationstechnik (IT-Altgeräte-Verordnung – ITV)** – Drucksachen 13/10769, 13/10884 Nr. 2.2, 13/11024 –

- c) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Bundesregierung über die praktischen Auswirkungen der im Betreuungsgesetz enthaltenen Regelungen zur Sterilisation** – Drucksachen 13/3822, 13/4034 Nr. 2, 13/11033 –

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch

- (A) 13/1001 für erledigt zu erklären. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen des Hauses angenommen worden ist.

Ich rufe eine weitere Empfehlung auf: Der Ausschuß für Gesundheit empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/11022 des weiteren die Annahme einer Entschließung. Wer dieser Beschlußempfehlung des Ausschusses für Gesundheit zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß auch diese Beschlußempfehlung einmütig angenommen worden ist.

Zusatzpunkt 15: Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zur aktuellen Situation bei Kuren und Rehabilitationen; Drucksache 13/11066. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Antrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen des Hauses im übrigen angenommen worden ist.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 22a bis c und die Zusatzpunkte 9a und b auf:

Überweisungen im vereinfachten Verfahren

22. a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Protokoll vom 30. Oktober 1997 zum Abkommen über die Zusammenarbeit und eine Zollunion zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik San Marino**

– Drucksache 13/10737 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Wirtschaft (federführend)
Finanzausschuß

- b) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes**

– Drucksache 13/10989 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuß

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Angelica Schwall-Düren, Michael Müller (Düsseldorf), Wolfgang Behrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD **Das Flammschutzmittel Tri(2-chloräthyl)phosphat aus dem Verkehr ziehen**

– Drucksache 13/10853 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft

ZP9 Weitere Überweisungen im vereinfachten Verfahren

(Ergänzung zu TOP 22)

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu der am 17. September 1997 in Mont-**

real beschlossenen Änderung zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen.

– Drucksache 13/10901 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (federführend)
Ausschuß für Verkehr
Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

- b) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wagniskapital**

– Drucksache 13/10990 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuß (federführend)
Rechtsausschuß
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuß gemäß § 96 GO

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann sind diese Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 23a bis z und 24a bis q sowie zu den Zusatzpunkten 10a bis 10c. Es handelt sich um die Beschlußfassungen zu Vorlagen, zu denen keine Aussprache vorgesehen ist.

Herr Kollege Beck möchte als Berichterstatter zu den Punkten 23d und 24f das Wort nehmen. Ich möchte das vor die Abstimmungen ziehen.

Bitte, ich gebe Ihnen das Wort zur Berichterstattung.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In aller Kürze: Bei dem Punkt 23d geht es um einen Gesetzesentwurf unserer Fraktion zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Wir haben diesen Gesetzesentwurf mit zwei Zielsetzungen eingebracht: Gleichberechtigung für diese Bevölkerungsgruppe zu erreichen und massive Rechtsprobleme homosexueller Lebensgemeinschaften endlich einer rechtlichen Klärung zuzuführen.

Die Mehrheit der Bevölkerung stimmt diesem Vorschlag inzwischen zu. Das haben wir auch im Ausschuß so erörtert. Der Bundesrat wird sich morgen ebenfalls mit diesen Fragen beschäftigen. Wir haben eine Anhörung im Rechtsausschuß durchgeführt, in der die Mehrheit der Sachverständigen unserer Auffassung zugestimmt hat, daß unser Vorschlag verfassungsrechtlich zulässig ist. Eine noch größere Mehrheit – eigentlich alle bis auf einen Sachverständigen – hat Handlungsbedarf bei diesem Thema angemahnt. Damit ist deutlich, daß es um eine Frage des politischen Willens und nicht des verfassungsrechtlich Möglichen geht, wenn wir heute über diesen Gesetzesentwurf beschließen.

Volker Beck (Köln)

- (A) Beim Tagesordnungspunkt 24f haben wir es mit mehreren Anträgen zu tun, die sich mit der Frage der Gleichberechtigung der Schwulen und Lesben in allen gesellschaftlichen Bereichen und unter anderem mit der Unterrichtung über eine Entschließung des Europäischen Parlaments in dieser Frage, die 1994 verabschiedet wurde, beschäftigen.

In der Bundesrepublik Deutschland – das hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage auch deutlich gemacht – ist diese Entschließung bis zum heutigen Tage ohne Konsequenzen für die Politik, ohne Konsequenzen für die Situation von Schwulen und Lesben in Deutschland geblieben. In anderen EU-Staaten hat es mittlerweile umfangreiche Reformgesetzgebungswerke gegeben, zum Beispiel in Schweden und in den Niederlanden, wo die eingetragene Partnerschaft eingeführt wurde, so daß dort für schwule und lesbische Lebensgemeinschaften faktisch das gleiche Recht mit dem Gang zum Standesamt wie für Ehepaare gilt.

Die Oppositionsfractionen und auch die Fraktion der F.D.P. haben im Ausschuß deutlich gemacht, daß Handlungsbedarf besteht, daß der Gesetzgeber hier endlich tätig werden muß. Wir haben auch in Berichterstattergesprächen zwischen den Fraktionen versucht, unterhalb der Ebene der Gesetzesvorschläge unserer Fraktion für Einzelprobleme Lösungen zu finden: im Bereich der binationalen Partnerschaften, wo es darum geht, daß das Aufenthaltsrecht für den ausländischen Lebenspartner möglich ist, und im Bereich des Mietrechtes, weil homosexuelle Lebensgemeinschaften noch nicht einmal den gleichen rechtlichen Schutz wie nichteheliche heterosexuelle Lebensgemeinschaften genießen. Leider war hier auf Grund der Blockadepolitik der CDU/CSU kein Vorankommen möglich, obwohl die Oppositionsfractionen bereit waren, von ihren weitergehenden Vorstellungen zugunsten einer kleineren Reform abzugehen.

(B)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege, ich möchte Sie bitten, sich an die Berichterstattung zu halten und keinen Debattenbeitrag zu liefern.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe den Beratungsverlauf geschildert. – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben daraufhin im Ausschuß – hier bitte ich die Kollegen der SPD noch einmal um Aufmerksamkeit – einen gemeinsamen Antrag gestellt, in dem wir die Kernpunkte der Entschließung des Europäischen Parlaments auf deutsche Verhältnisse herunterdekliniert haben. Diesen Antrag stellen wir heute unter Tagesordnungspunkt 24f noch einmal zur Abstimmung. Leider hat die Fraktion der SPD ihn nicht unterzeichnet. Aber ich hoffe, daß sie dem Antrag, den wir im Ausschuß gemeinsam gestellt haben, die Zustimmung nicht verweigern wird und daß hier deutlich wird, wo Reformen, auch wenn sie nur noch von einer Minderheit im Hause getragen werden, möglich sind.

Die Bundesregierung hat auf die Große Anfrage über die europäische Rechtsentwicklung berichtet. (C)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege, ich mahne Sie noch einmal, sich an die Berichterstattung zu halten. Es ist keine Debatte vorgesehen. Wenn Sie so fortfahren, muß ich Ihnen das Wort nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein letzter Satz, Herr Präsident. – Wir haben berichtet bekommen, daß sich in den Niederlanden die eingetragene Partnerschaft gesetzlich durchgesetzt hat. Die dortigen Koalitionspartner haben vor wenigen Wochen auch die Öffnung der Ehe beschlossen. Wir hoffen, wir kommen auch in diesem Hause in diesem Punkt ein Stück weiter, vielleicht aber erst ab September.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich über die Tagesordnungspunkte, über die hier eben gesprochen worden ist, zuerst abstimmen. Dann haben wir den Sachzusammenhang erhalten.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 23 d:

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Matthias Berninger, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (D)

– Drucksache 13/2728 –

(Erste Beratung 131. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 13/10795 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Dietrich Mahlo
Margot von Renesse
Volker Beck (Köln)

Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 13/10795, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/2728 abstimmen und bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen der Koalition bei Stimmenthaltungen aus der Gruppe der PDS gegen die Stimmen des Hauses im übrigen abgelehnt worden ist. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.